



Pressemitteilung

Ansbach, 09. August 2009

Bürgerinitiative „Etz langt's!“ fordert Mitspracherecht für vom Fluglärm Betroffene:

Lärmschutzkommission im September soll öffentlich tagen

Grund: Bislang zu viele leere Versprechungen im Hinterzimmer – Verbindlichkeit dringend nötig

Der Vorstand der Bürgerinitiative „Etz langt's!“ (BI) bedauert, dass anstatt Entlastung der Bevölkerung vom unerträglichen US-Hubschrauberlärm durch Umsetzung des überfälligen Nachtflugverbots für Katterbach und Überflugverbots aller Wohngebiete, das Verteidigungsministerium nun lediglich -kurz vor der Bundestagswahl- eine weitere Tagung der Lärmschutzkommission einberufen will.

Diese kann jedoch nur im Ansatz hilfreich sein, wenn die Menschen, die unter dem Fluglärm leiden, eine Stimme in dieser Kommission bekommen. Die BI vertritt die Interessen der betroffenen Bürger seit drei Jahren nach außen. Neben OB Seidel setzen sich bisher nur wenige Bürgermeister im Landkreis mit der schwelenden Problematik intensiv auseinander. „Wir wollen mithelfen, damit berechtigte Forderungen zum Schutz unserer Bürger vor Lärm und Abgasen gegenüber der US-Armee endlich durchgesetzt werden können“, betont BI-Vorsitzender Hansjörg Meyer.

Nicht nur die Zusammensetzung der Kommission ist suboptimal, sondern auch deren Tagungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die BI will mit Nachdruck eine öffentliche Sitzung erreichen. Nur so kann vermieden werden, dass der US-Kommandeur Doerer, wie bei der letzten Lärmschutzkommission im März geschehen, erneut im Hinterzimmer leere Versprechungen eines minimalen Entgegenkommens abgibt und mit Worthülsen die Geladenen umschmeichelt, um wenige Wochen später achselzuckend sein Wort zu brechen.

Die BI bezweifelt, dass Doerer ähnliche Ignoranz auf einer öffentlichen Tagung in der Karlshalle vor Müttern von Kindern, die bei jedem Überflug aufwachen, oder vor Schichtarbeitern, die aufgrund der US-Hubschrauber unausgeschlafen zum Dienst müssen, möglich sein wird. Nur so kann man dem gemeinsame Ziel von OB, Stadtrat, BI und Bürgerschaft näher kommen: Rechtlich bindende Bestimmungen, die die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen deutlich höher bewerten als die Bevölkerung missachtende militärische „Übungserfordernisse“ der US-Hubschrauberwaffe.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher